

Der neue Fünfjahresplan der UdSSR

Aus dem Bericht Wosnessenskis auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR

In seinem Bericht über den Fünfjahresplan der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1946/50 betonte der Vorsitzende der staatlichen Plankommission der UdSSR, Nikolai Wosnessenski, daß der weltgeschichtliche Sieg der Sowjetunion nur auf der Grundlage der vorherigen Vorbereitung aller materiellen Möglichkeiten des Landes zur aktiven Verteidigung erzielt werden konnte. Wosnessenski zog einen Vergleich zwischen der Kriegswirtschaft Rußlands in der Zeit des ersten Weltkrieges und der Kriegswirtschaft der UdSSR während des zweiten Weltkrieges und wies darauf hin, daß die Gesamtproduktion der Großindustrie in den Jahren 1915/17 in Rußland 33 Milliarden Rubel, in den Jahren 1942/44 in der UdSSR dagegen 361 Milliarden Rubel, d. h. fast das Elfache, betrug. Die Erzeugung von Warengetreide stieg in derselben Zeit auf das Zweieinhalbfache, der Jahresdurchschnitt des Güterumschlages auf den Eisenbahnen auf das 3,4fache an.

Wosnessenski führte einige Zahlen über die Erzeugung während des Vaterländischen Krieges an: 20 000 Panzer und Sturmgeschütze, 40 000 Flugzeuge, 120 000 Geschütze, 450 000 Maschinengewehre, 5 000 000 Gewehre und Maschinenpistolen wurden in der UdSSR in den letzten drei Kriegsjahren jährlich erzeugt.

Diese Zahlen sind das Ergebnis der Entwicklung der Produktionskraft auf der Grundlage der sozialistischen Produktion, die in der Periode des Vaterländischen Krieges trotz der vorübergehenden Besetzung eines bedeutenden Teiles des Territoriums der UdSSR sich in industrieller und landwirtschaftlicher Hinsicht reich auswirkte.

Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe des neuen Fünfjahresplanes besteht darin, den Volkswirtschaft der Industrie und Landwirtschaft wiederherzustellen und dann diesen Stand in bedeutendem Ausmaße zu überbieten. Demgemäß sieht der Fünfjahresplan folgendes vor:

1. Eine Erhöhung der Produktion von Industrieerzeugnissen im Vergleich zum Vorkriegsstand auf das Einsechsfache, um die dringlichste Wiederherstellung und Entwicklung der Schwerindustrie und des Eisenbahnwesens sicherzustellen.
2. Einen Aufschwung der Landwirtschaft und der Bedarfartikel erzeugenden Industrie zu erzielen, um den materiellen Wohlstand der Völker der Sowjetunion zu gewährleisten.
3. Den weiteren technischen Fortschritt auf allen Gebieten der Volkswirtschaft der UdSSR als Voraussetzung für einen mächtigen Aufschwung der Produktion und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sichern. „Wenn unseren Gelehrten die gebührende Unterstützung erwiesen wird“, sagte Wosnessenski, „wird die Sowjetwissenschaft es verstehen, die letzten Erzeugnisse der Wissenschaft außerhalb der Sowjetunion zu überbieten.“
4. Ein hohes Tempo der sozialistischen Akkumulation zu gewährleisten. Neben der Wie-

derherstellung der Volkswirtschaft in den geschädigten Bezirken sieht der Fünfjahresplan eine weitere Entwicklung der Volkswirtschaft aller Unionsrepubliken und Wirtschaftsgebiete der UdSSR vor.

5. Eine weitere Steigerung der Wehrfähigkeit der UdSSR sowie die Ausarbeitung der Streitkräfte der Sowjetunion mit neuer militärischer Technik. „Das Sowjetvolk“, führte Wosnessenski aus, „will seine Streitkräfte noch stärker und mächtiger sehen, um sein Land gegen jegliche Zufälligkeiten zu sichern und über den Frieden zu wachen.“

Der neue Fünfjahresplan führt gleichzeitig auf dem Entwicklungsweg der Sowjetgesellschaft zurück, der auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vorgezeichnet, jedoch zeitweilig durch den heimatlichen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion unterbrochen wurde. Dieser Weg sieht die Vollendung des Aufbaus der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft und den allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vor. Er sieht die Lösung der grundlegenden Wirtschaftsaufgabe der UdSSR — die wichtigsten kapitalistischen Länder wirtschaftlich, d. h. hinsichtlich des Umfangs der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen — vor.

Sitzung des Sowjets der Nationalitäten

Moskau (TASS). Der Deputierte Gruschetsky aus dem Lwow-Gebiet erklärte, daß schon gegen Ende des letzten Jahres die Gesamtproduktion der Industrie der Stadt Lwow 85 Prozent der Vorkriegshöhe erreichte. Im Jahre 1945 vergrößerten die Bauern des Lwow-Gebietes die beackerte Fläche um mehr als 130 000 ha. Der Deputierte Georgiens, Kelschowitz, sagte, daß im Jahre 1950 die Republik 330 000 Tonnen Gufeisen und 15 000 Automobile herstellen wird. Die Kohlerzeugung in Georgien wird vervierfacht werden.

Der Volkskommissar für den Handel der UdSSR, der Deputierte Ljubimow, erklärte, daß das Anwachsen der Erzeugung und der gangbaren Vorräte es gegen 1950 ermöglichen werden, den Umsatz des Detailhandels des Staates und des kooperativen Handels auf 275 Milliarden Rubel zu erhöhen.

Schon im Herbst dieses Jahres wird die Rationierung von Brot, Mehl, Hülsenfrüchten und Makkaroni aufgehoben werden.

Der Sowjet der Nationalitäten schritt zur Abstimmung des Gesetzes über den Fünfjahresplan für die Wiederherstellung und die Entwicklung der Volkswirtschaft von 1946 bis 1950 und nahm es einstimmig an.

Beginn der Auszahlungen ab 1. April

Inhaber von gesperrten Sparguthaben erhalten einen Teilbetrag

Berlin (SNB). Auf Grund des Befehls Nr. 14 des obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Schukow, soll den Inhabern von Sparguthaben bis zu 3000 Mark bei geschlossenen Banken und Sparkassen durch Auszahlung eines Teilbetrages des Sparguthabens eine materielle Hilfe erwiesen werden. Trotz der großen Vorbereitungsarbeiten der Sparkassen sollen die Auszahlungen für die kleinen Sparer bereits am 1. April beginnen.

Wie die deutsche Zentralfinanzverwaltung mittelt, werden die Auszahlungen auch aus Sparguthaben in den geschlossenen Banken lediglich von den neu eröffneten Sparkassen,

nicht aber von den Banken, vorgenommen. Inhaber von Sparguthaben, deren Einlagen bei geschlossenen Banken und Sparkassen 3000 Mark nicht übersteigen, erhalten bis zu 300 Mark, jedoch nicht mehr, als das tatsächliche Restguthaben beträgt. Arbeitsfähige bekommen, wenn ihnen andere Mittel für den Lebensunterhalt fehlen, bis 400 Mark, unabhängig von der Höhe des alten Guthabens. Als arbeitsunfähig im Sinne des Befehls gelten Männer über 65 Jahre, Frauen über 60 Jahre, alle Personen, die mehr als 20 Prozent erwerbsbeschränkt sind und Frauen mit Kindern bis zu 7 Jahren, wenn sich in der Familie keine arbeitsfähigen Personen befinden.

Manstfeld sicher Frühjahrsbestellung

Im Manstfelder Land, in Elsieben und im Seekreis, hatte das Organisationskomitee der SPD 45 Genossen zusammengeboten. Arbeiter aus Industrie- und Handwerksbetrieben, aus öffentlichen Verwaltungen und aus dem Bergbau, um sie auf ihre verantwortungsvolle Mission, den Bauern bei der Frühjahrsbestellung zu helfen, vorzubereiten.

Der stellvertretende Landrat, Gen. Schneiderheine (KPD) zeigte die Wege für die Arbeit. Er sagte unter anderem: Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe müssen in jedem Ort gegründet werden. Jeder Einwohner

des Dorfes soll ihnen beitreten. Auf dem Lande läuft vielfach, selbst nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes, noch alles im alten Geleise weiter, manche Neubauern sind von dem Gefühl, freier Bauer auf freier Scholle zu sein, noch nicht völlig durchdrungen.

Gen. Schneiderheine befähigte sich weiter mit der Frühjahrsbestellung und dem zu erfüllenden Aufsatze, überall genägend Saatgetreide vorhanden? Sind die notwendigen Saatmengen aller Produkte erlaubt? Sind irgendwo im Orte noch Restflächen vorhanden, die bebaut werden können? Reichen die vorhandenen Zugtiere, Traktoren und Zugschleppen aus, und können alle notwendigen Reparaturen schnellstens durchgeführt werden? Aufgabe der Instrukteure, die sich nicht als Wirtschaftsberater aufspielen sollen sondern lediglich zu den organisatorischen Dingen Stellung nehmen müssen, sei es, alle berechtigten Einwände der Bauern zu prüfen und ihnen gute Vorschläge zu erteilen. „Wir haben verlernt, zu improvisieren“, rief der Redner aus, „wir müssen wenn es not tut, uns selbst einmal an den Amboß stellen und uns mit der Hand jeden Hufnagel schmieden, wenn er uns fehlt.“

Gen. Bläß von der Bezirksleitung Halle unterstrich die Aktionseinheit zwischen Arbeitern und Bauern, die für uns lebenswichtig sei.

Annäherung an die Probleme Indiens

New Delhi (SNB). Laut Assopress sagte Pandit Jawaharlal Nehru, der Führer der Kongreßpartei, die Rede des britischen Premierministers Attlee sei „bestimmt ein Wechsel des Tones und eine Annäherung an die Probleme Indiens. Indien ist aber nicht gewillt, sich an irgendwelche Verpflichtungen binden zu lassen. Indien selbst wird zu beschließen haben, welcher Art seine Außenpolitik und seine Außenverpflichtungen sein sollen.“

Planmäßig produzieren

Der Planungsgenieur als Helfer in Mittel- und Kleinbetrieben

Seil ein Unternehmen, gleich welcher Art und Größe, die Garantie bieten, auch in wirtschaftlichen Notzeiten lebensfähig zu sein, muß der inneren des Betriebes, sei es in Werkstatt oder Büro, sich vollziehende Arbeitsablauf, so gestaltet werden, daß der Gesamtablauf zum Endprodukt in solchem Verhältnis steht, welches die Fabrikation für unsere gesamte Volkswirtschaft wünschenswert erscheinen läßt; kurz, der Betrieb muß wirtschaftlich arbeiten. Wirtschaftlich arbeiten heißt nun nicht, stets hohe Gewinne erzielen. Ein großer Gewinn ist und kann allein nicht Maßstab für die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens sein, sondern es muß dafür Sorge getroffen sein, daß die Fabrikation oder sonstige Weiterverarbeitung so vor sich geht, daß beim sparsamsten Verbrauch an Material, an Werkzeugen, an Energie wie Kraft, Strom, Licht, Gas, Wasser usw., an Arbeitszeit und unter Anwendung einer für den Betrieb zweckmäßigsten Organisation ein Höchstmaß an Leistung herauskommt. Daß sich naturgemäß auch ein Gewinn für das Unternehmen ergeben soll, wird jedem verständlich sein, stellt doch der erzielbare Gewinn für jede Arbeitsleistung einen wichtigen Ansporn dar. Dies gilt für die Einzelleistung in gleicher Weise wie für die Gemeinschaftsleistung. Die Berücksichtigung des voraussichtlichen Gewinnes bei der Preisgestaltung muß sich jedoch sowohl der Festlegung einer rationalen Erzeugung als auch des Interesses des Gesamtwohles unserer Volkswirtschaft unterordnen.

Die Grundlage für einen wirklich rationalen und wirtschaftlichen Fertigungsablauf ist, wie überall im Leben, eine planvolle Ordnung. Nur ein in seiner Gesamtheit gut geordneter Betrieb bietet die Gewähr, daß alle in jeder Hinsicht heute in verstärktem Maße gestellten Forderungen erfüllt werden können. Nur ein nach diesen Grundsätzen aufgebaut und geleiteter Betrieb ist durchsichtig genug, daß Fehlertendenzen einwandfrei erkannt und beseitigt werden können, andererseits aber auch Vereinfachungen der Arbeitsmethoden, Einsparungen an Material und Energie oder Verbesserungen des Erzeugnisses schnell wirksam werden können.

Geht man nun durch unsere Mittel-, Klein- und Handwerksbetriebe, so wird man oft, leider noch all zu oft, feststellen können, daß von einer planvollen Ordnung nicht die Rede sein kann. Zwar wird überall gearbeitet, meist sogar schwer gearbeitet, doch ist das alles nicht ausschlaggebend. Heute muß man sich denn je darauf sehen, was kommt bei all den Anstrengungen am Schluß heraus. Wir können es uns nicht mehr leisten, eine sinnvolle Arbeitsplanung und Betriebsorganisation und damit die Voraussetzung für eine einwandfreie Selbstkostenrechnung. Heute muß die Vorkostengroßbetriebe anzusehen. Nein, auch in der kleinsten Werkstatt muß durch Arbeitsplanung, durch bewußte Arbeitsvorbereitung dahin gestrebt werden, möglichst schnell, möglichst viel und möglichst billig zu produzieren. Die Eigenheit ist eine gewisse Planung z. B. die der Arbeitsfolge schon überall da, denn keinem Tischler wird es einfallen, die Beschläge für einen Schrank anzubringen, ehe das dafür notwendige Holz gehobelt und geleimt ist und kein Schlosser wird sein Ergebnis lackieren lassen, bevor alle die Lackierung schädigenden Arbeiten getan sind. Doch geschieht diese Arbeitsplanung meist, ohne daß sich der Ausführende dessen bewußt wird. Aber das allein genügt nicht mehr. Soll ein Erfolg unsere gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaus in absehbarer Zeit spurbar werden, müssen sich nunmehr auch alle mittleren und kleinen Betriebe in Industrie und Handwerk die gesammelten Erfahrungen großer Unternehmen zunutze machen. Es ist nicht unbekannt, daß auch Fehler sehr alt werden können. Wollen und können wir heute nicht vieles besser machen?

Welche Überlegungen ergeben sich schon in einem mittleren eisenerzeugenden Betrieb von nur 30 Mann Belegschaftsstärke, um die Produktion, so zu gestalten, daß sie nach allen Seiten hin ein befriedigendes Ergebnis zeigt? Da ist einmal die Bedürfnisfrage der zur Fabrikation kommenden Artikel zu klären und die sich daraus ergebende Stückzahl. Können die Dinge konstruktiv so gestaltet werden, daß sich verschiedene Teile für vielerlei Erzeugnisse verwenden lassen? Kann das zur Verarbeitung gelangende Material einheitlich sein? Dadurch ergibt sich eine Vereinfachung und Verminderung der notwendigen Werkzeuge und Maschinen. Lohnt es sich, Schablonen und Vorrichtungen anzufertigen, um einen möglichst großen Genauigkeitsgrad und damit einen ungehinderten Arbeitsablauf, sowie eine günstige Materialausnutzung zu erreichen? Welcher Arbeitsraum innerhalb des Betriebes und welche Werkzeugmaschinen sind für die Fertigung am günstigsten? Wie verfahren einen steten, störungsfreien Arbeitsfluß

Scharfe Kritik an der Spanien-Note

New York (TASS). Die Zeitung „New York Herald Tribune“ veröffentlicht einen Aufsatz von Wallace, dem ehemaligen Stellvertreter des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, worin er die englisch-französisch-amerikanische Erklärung über Spanien kritisiert und darauf hinweist, daß sie nicht wirksam ist und den Grundsatze der Einigkeit der Vereinten Nationen verletzt, da die drei Mächte hierbei ohne Beteiligung der Sowjetunion und anderer Länder vorgehen. Er weist darauf hin, daß diese Erklärung die Organisation der Vereinten Nationen, die sich mit solchen Fragen befassen muß, übergeht.

Wallace erinnert daran, daß die Vereinigten Staaten sich geweigert haben, der spanischen Republikanismen während des Bürgerkrieges in Spanien Waffen zur Verfügung zu stellen, und führt weiter aus:

„Nach dem erregenden Sieg bedeutet das Fortbestehen der Franco-Regierung in Europa die Möglichkeit einer Gefährdung des Welt-

friedens und ein Hindernis auf dem Wege des Aufbaus eines freien und demokratischen Europas. Das spanische Volk hat keine Hoffnung, über seine eigenen Geschicke zu bestimmen, solange Franco am Ruder bleibt.“

Da die Regierung der USA ihre unersüßliche Treue zur Organisation der Vereinten Nationen verkündet, wäre es für die Vereinigten Staaten eine logische Maßnahme gewesen, das spanische Problem dem Sicherheitsrat sofort nach seiner Gründung zur Erörterung zu unterbreiten.

Der Verfasser schreibt abschließend, daß die gegenwärtige Politik der USA hinsichtlich Spanien ebenso tragisch unbillig ist wie den verspricht, wie es die Politik der Vereinigten Staaten auch im Jahre 1936 war.

„Die Franco-Regierung bedroht die wichtigsten Interessen der Vereinten Nationen. Wirksam Garantien sind erforderlich. Die Erklärung der drei Mächte enthält keine Garantie und ist nicht wirksam.“

21.-28. März: Weltjugendwoche

Der Schwede Dahlerus über Hitlers „übige Art“

Der Nürnberg-Prozess

Nürnberg, 19. März (SNB). Das Kreuzverhör des Angeklagten Göring wurde unterbrochen und der Schwede Dahlerus als Entlastungszeuge für Göring von seinem Verteidiger Dr. Staehmer vernommen. Dahlerus war eine jener Persönlichkeiten, deren sich die Naziregierung bediente, um bei den Vorurteilen überfall auf Polen ein Eingeständnis Englands und Frankreichs zu verhindern.

Der Zeuge bestätigte, daß es Hitlers Absicht gewesen war, England von Polen abzuspalten und ohne kriegerische Verwicklung mit England und Frankreich Polen zu erobern.

Er schildert ausführlich, wie er im Juli 1939 nach seiner Rückkehr aus England Göring gegenüber die Notwendigkeit bot, alles auszusprechen, um einen Krieg zu vermeiden. Göring brachte daraufhin die Meinung zum Ausdruck, daß die Botschaft Dahlerus' ein Versuch Englands sei, Deutschland zu bluffen. England habe die Absicht, die Entwicklung auf dem Kontinent zu kontrollieren. Dahlerus schlug Göring vor, eine Zusammenkunft zwischen ihm und anderen deutschen Regierungsmitgliedern einerseits und englischen Bürgern andererseits zu arrangieren. Diese Zusammenkunft fand tatsächlich in Schleswig-Holstein am 7. August 1939 statt. Von deutscher Seite nahmen Göring und Bodenschätz teil. Nach einer allgemeinen Diskussion über die letzten politischen Ereignisse betonte die Engländer, daß es notwendig sei, die Angrieffspolitik in Europa Schritt zu machen.

Die Heßen keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß ein Angriff auf Polen England veranlassen würde, unbedingt einzugreifen.

Man einigte sich darauf, eine neue Zusammenkunft stattfinden zu lassen und die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und

Deutschlands über die Ergebnisse zu informieren.

Der Zeuge war gerade damit beschäftigt, eine solche Zusammenkunft zu arrangieren, als er am 23. August von Göring aus Paris nach Berlin gerufen wurde. Göring sagte ihm, daß sich die Lage sehr kritisch gestaltet habe. Er bat ihn, nach London zu gehen, um die Situation zu klären. Dahlerus weiß nicht, ob dieser Auftrag ein Erfolg mit sich brachte. In London traf der Zeuge Lord Halifax.

Tatsächlich schrieb Lord Halifax an Göring einen Brief, in dem er den Wunsch der englischen Regierung nach einer friedlichen Regelung zum Ausdruck brachte. Diesen Brief überbrachte der Zeuge dem Angeklagten noch am selben Abend. Er erklärte ihm mündlich, daß eine Annexion Danzigs den Kriegszustand mit England bedeuten würde und daß er die Überzeugung sei, Deutschland müsse alles tun, um diesen Konflikt zu vermeiden.

Göring ging mit diesem Brief zu Hitler, der sich den Zeugen kommen ließ. Am 17. März, wie der Zeuge sagt, in seiner üblichen Art, um die deutsche Politik zu erklären und sprach etwa 20 Minuten lang. „Ich habe dort das Gefühl gewonnen“, so erklärt der Zeuge, „daß mein Kommen keinen Zweck hatte.“

Hitler schimpfte auf England, regte sich fürchtete, es würde durch die „Boots und Flugzeuge genug bauen würde, um den Krieg zu gewinnen.“ Er sprach, als ob er sich nicht darüber Rechenschaft ablegte, daß noch jemand im Zimmer war.

Schließlich gab Hitler dem Zeugen Verhandlungsvorschläge für London mit. Sie enthielten: Bündnis mit England, englische Hilfe bei der Besetzung Danzigs und des Korridors, deutsche Garantie für die polnischen Grenzen, ein Abkommen über die deutschen Kolonien und die Verteidigung des deutschen Weltreiches mit der

deutschen Wehrmacht. Wo immer es angegriffen wird. Diese Vorschläge wurden von Chamberlain, Halifax und Cagogan am 27. August in der Downing-Street diskutiert.

„Ich muß sagen“, so führt der Zeuge aus, „daß die englische Regierung sich die größte Mühe gab, um die einzelnen Punkte eingehend zu erörtern. Der Vorschlag, das britische Empire mit der deutschen Wehrmacht zu verteidigen, wurde abgewiesen, ebenso der Vorschlag über die Kolonien, solange die deutsche Abrüstung nicht durchgeführt sei. Für die polnischen Grenzen wünschte England eine gemeinsame Garantie der Großmächte einschließend der Sowjetunion. Über den Korridor schlug die britische Regierung vor, eine sofortige Verhandlung mit Polen zu beginnen. Der Vorschlag eines Bündnisses mit England wurde angenommen.“

Dahlerus kehrte nach Berlin zurück und erfuhr in der Nacht zum 29. August, daß auch die schriftliche Antwort, die der englische Botschafter Henderson inzwischen nach Berlin gebracht hatte, wieder abgelehnt worden sei. Am Abend desselben Tages hatte sich die Situation jedoch erneut verschärft, und Dahlerus flog noch einmal nach London.

Es zeigte sich, daß die englische Regierung nach der Aufnahme, die Henderson in der Tat in Berlin gefunden hatte, sehr mißtrauisch geworden war. Er fand glaubte in London allgemein, daß Hitler der Krieg wollte.

Die englische Regierung stellte sich im übrigen auf den Standpunkt, daß es nicht fair wäre, einem polnischen Vertreter angesichts des Schicksals der österreichischen und tschechoslowakischen Unterhändler zuzumuten, mit Generalvollmachten nach Berlin zu gehen. Der Zeuge und des Korridors, deutsche Garantie für die polnischen Grenzen, die in Holland stattfinden sollte.

Dieser Vorschlag wurde von Göring angenommen. „Aber ich hatte den Eindruck“, Göring wußte bereits, daß deutsche Truppen sich auf dem Marsch an die polnische Grenze befehligen.“

Am 1. September sagte ihm Göring „zögernd“, daß der Krieg schon angefangen habe, und zwar wegen des „Überfalls“ auf den Radiosender Gleiwitz. Dahlerus besuchte Hitler nach seiner Reichstagsrede. Er fand ihn in großer Aufregung vor. „Hitler war nicht zu kontrollieren“, er sagte, er wünsche Polen vollkommen zu annektieren. Als der Zeuge dem Angeklagten Göring und Hitler am 28. September wieder sah, erklärte Hitler, die polnische Frage sei nicht mehr zu besprechen. Die Sache ginge ihn nichts mehr an.

In diesem Moment wurde dem Zeugen erst klar, daß es Hitlers Absicht gewesen war, England von Polen abzuspalten und ohne kriegerische Verwicklung mit England und Frankreich Polen zu erobern.

Blick in die Welt

wie die völlige Wiedergutmachung der Schäden, welche es erlitt.“

Brokaten auch in Uruguay

Moskau (SNB). In nächster Zukunft erwartet man die Einführung von Brokaten in Uruguay infolge des fühlbaren Mangels an Weizen.

Indische Verhandlungskommission

Moskau (SNB). Das Exekutiv-Komitee des Indischen Nationalkongresses setzte eine Sonderkommission ein, die mit der englischen Regierungskommission in Indien verhandeln wird.

200 000 RM. Goldstrafe

Berlin (SNB). Die Zeitung „Nacht-Express“ brachte in der Nummer 63 vom 17. März eine Besetzung Danzigs und des Korridors, deutsche Garantie für die polnischen Grenzen, die in Holland stattfinden sollte.

Beschlüsse des Organisationsausschusses

Der Zentrale Organisationsausschuss der beiden Arbeiterparteien hat am Donnerstag, dem 14. März 1946, erneut getagt.

Das Ergebnis dieser Beratungen hat zu folgenden Vorschlägen an den Parteitag geführt:

1. In Berlin werden nach der Verschmelzung zwei Parteizentralen herausgegeben, davon eine als Zentralrat, die andere als Berliner Zeitung. Der Name des Zentralorgans soll auf dem Parteitag beschlossen werden. Entsprechende Vorschläge werden aus dem Mitgliedschaft erwartet.
2. Der Parteivorstand, wie überhaupt alle Parteileitungen, werden paritätisch besetzt. Die Abteilungen im zentralen Parteivorstand werden untergliedert und ergänzt. Auch hier wird die paritätische Besetzung gesichert.
3. Klärung und Übereinstimmung wurde in der Frage der Aufstellung von Kandidaten als Abgeordnete erzielt, wonach nur für diese die Zustimmung der oberen Instanzen erforderlich ist, während es bei allen Parteileitungen einer solchen Zustimmung nicht bedarf.

Welche Bearbeitungsverfahren sind am billigsten und leichtesten anzuwenden? Und nicht zuletzt, welche Männer setzen sich entsprechend ihrer Erfahrung für die Arbeit an? Diese und noch viele andere Fragen fordern ihre Beantwortung, ehe der Fabrikationsprozess zum Auslaufen kommt.

Da ist zum anderen die Tatsache, daß die Betriebskosten, welche ja die Selbstkosten in sehr vielen Fällen stark beeinflussen, oftmals eine Höhe erreichen, die zu den Material- und Lohnkosten in durchaus ungesundem Verhältnis stehen.

Wenn wir wissen, daß sich der Verkaufspreis eines Erzeugnisses in der Regel aus den Lohnkosten, den Betriebskosten, den Materialkosten und dem Gewinn aufbaut, dann ist es grundsätzlich falsch, bei zu hohen Verkaufspreisen immer nur bei den Lohn- und Materialkosten sparen zu wollen. Die Betriebskosten sind da oft ein weit ergeblicheres Feld. Denn wenn eine in jeder Hinsicht rentable Fertigungsmethode ausgearbeitet ist, sind ja die niedrigsten Material- und Lohnkosten bereits festgelegt. Es bleiben also nur noch die beiden Faktoren Betriebskosten und Gewinn, um den Verkaufspreis im Rahmen einer gesunden Preispolitik zu halten. Wo und wie lassen sich nun die Betriebskosten verringern?

Mit Recht werden die Kleinhersteller sagen, wir können es nur nicht leisten, einen Fachmann einzustellen, der sich ausschließlich mit diesen Dingen befaßt. Das ist richtig. Aber so wie sich der kleinste Handwerksmeister in allen Angelegenheiten, welche die Steuer und das Führen seiner Bücher betreffen, von einem Sachverständigen beraten läßt und damit der Sorge erhebt, in neuem Maß für einen Buchhalter anstellen zu müssen, in gleicher Weise steht heute den Mittel-, Klein- und Handwerksbetrieben bei allen technisch-wirtschaftlichen Fragen, angefangen bei neuzeitlicher Betriebsorganisation, Beratung bei Fabrikationsumstellungen, Arbeitsvorbereitung, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Selbstkostenrechnung, Betriebsuntersuchungen bis zu den Fragen des Lohnes der Planungs-Ingenieur zur Verfügung, dessen Aufgabe es ist, überall dort mit Rat und Tat zu helfen, wo seine Hilfe erforderlich ist und gewünscht wird. Die Beziehung Wirtschafts-Ingenieur wird dem vielschichtig zweckmäßiger.

Ing. Gerh. Wutke

Bündnispolitik und UNO

Neuyork (SNB). Die Vereinigten Staaten schlagen vor, nicht durch Bündnisse, sondern durch die Vereinten Nationen nach Sicherheit zu streben, erklärte einer Reutersmeldung zufolge der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Byrnes, in Neuyork. Er fügte hinzu: „Ich kann nicht stark genug betonen, daß die Vereinten Staaten auf die Vereinten Nationen als Weg zu einem dauernden Frieden blicken. Wir schlagen nicht vor, in einem Bündnis mit der Sowjetunion gegen Großbritannien oder in einem Bündnis mit Großbritannien gegen die Sowjetunion nach Sicherheit zu streben. Wir schlagen vor, in unseren Anstrengungen gleiche Gerechtigkeit für alle Nationen und gleiche Sonderrechte für irgendetwelche Nationen zu sichern.“

Politischer Berater für Trygve Lie

Oslo (SNB). Einer Reutersmeldung zufolge hat Trygve Lie, der Generalsekretär der UNO, sich einen weiteren Norweger als politischen Berater genommen, nämlich Finn Moe, ein Mitglied des norwegischen Parlaments und außenpolitischer Redakteur der Osloer sozialistischen Zeitung „Arbeiterbladet“.

„Ordnungsliebende“ Massenmörder

Gebühren für Todesstrafe an Erich Knauf

Erich Knauf wandelte in den Fußstapfen seines Vaters. Er wuchs zu einem bedeutenden Schriftsteller des Sozialismus heran. Bis kurz vor dem Machtantritt des Nazi-Regimes war er Lektor der Büchergilde „Gutenberg“, die vom Verband der deutschen Buchdrucker geschaffen worden war. Sein Buch „Cä ira“ und seine Biographie über Henry Dammer gehörten zu den beliebtesten Büchern der sozialistischen Arbeiterschaft.

Am 3. Mai 1944 wurde Erich Knauf von den Henkern Adolf Hitlers erdrosselt. Ich besitze die Photokopie einer Kostenrechnung, die die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof in Berlin-Berlin, im Witwe eines Freundes Erich Knauf gerichtet hat, die unsere Genossin zwang, dem Nazistaat die Kosten für die Ermordung ihres Gatten zu erstatten.

Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof — Staatsanwaltschaft — Geschäftsnummer: 4 J 777/44

Kostenrechnung

- a) Gebühr gemäß §§ 49, 52 d. d. G. K. für Todesstrafe 300,—
- Postgebühren gemäß § 721 d. d. G. K. 1,84
- Gebühr gemäß § 725 d. d. G. K. für den als Pflichtverteidiger bestellt gewordenen Rechtsanwalt Adolf, Berlin, Linienstraße 10, 81,60
- b) für die Strafhaft von 6. 4. 44 bis 2. 5. 44 — 26 Tane à 1,50 RM 44,—
- Kosten der Strafvollstreckung: Vollstreckung des Urteils 158,18
- Hinzu Porto für Übersendung der Kostenrechnung 0,12

zusammen: 585,74

Zahlungspflichtig: Die Erben des Erich Knauf, z. Hd. von Frau Erna Knauf, Berlin-Tempelhof, Manfred-von-Richthofen-Straße 13, bei Firma Gil-Beit Mach.

Dazu schreibt Erich Kästner, der bekannte deutsche Dichter:

„Dies ist die „Kostenrechnung“ der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof, angesprochen von der Gerichtskasse am 11. Mai 1944. Eine Rechnung, die damals an eine Frau geschickt wurde, damit

„Rechtsprechung“ im Nazi-Staat — Eine

dieses die Unkosten begleiche, die dem Staat daraus erwachsen waren, daß er ihren Mann am 3. Mai 1944 hatte hängen lassen. Eine Rechnung über 585,74 RM, die „binnen einer Woche“ gezahlt werden mußte, da „nach Ablauf der Zahlungsrückfrist die zwangsweise Einziehung ohne weitere Mahnung“ zu gewährleisten war. Eine Rechnung, die sich nicht umgeben diese bürokratischen Teufel wohl auf die sechzehn Pfennige am Ende der Summe verfallen sein?

O, ermer Erich Knauf! Zwanzig Jahre kannte ich ihn. Setzer in der „Plauenner Volkszeitung“ war er gewesen, bevor er Redakteur, Verlagsleiter und Schriftsteller wurde. Ein Mann aus dem Volk und sein Leben lang ein Mann für das Volk. Ein Mann, den wir jetzt brauchen könnten wie das liebe Brot! Einer von denen, die den staatlich konzipierten Verbrechern samt ihrer doppelten Buchführung bis aufs Blut verhaftet waren.

Daß er mit mir ein anderer Mann sei. Ein anderer Mann. Was mag der wohl machen? Jener Lump, der Abend für Abend in saubärlchen eintrug, was Knauf gegen

Rechnung die wir noch begleichen müssen

hatte? Der dann hinging und ihn an den Strick lieferte? Der, die Knauf davon wußte, über die ja nun bald frei werden des Zimmer“ im Haus disponieren? Was macht denn dieser Herr Schutz, damals Hauptmann der Reserve im OKW? Die Verhaftung des Reichsleiters, die sich mit „Körperkultur“ befassen, um auf Ganzpapiertenen Nackfotos abbilden zu können? Wie geht es ihm denn, dem Herrn Hauptmann? Hat er das letzte Kriegsjahr gesund und munter überstanden?

Alliierte Kontrollbehörde — Kontrollrat

Ueber die Ehe

§ 1. Der Ehe hat die Beschränkungen des Paragraphen 19. Der Berechtigte muß sich jedoch die Herausgabe der Rente aus einem Betrag gelassen, der bei Berücksichtigung der Verbindlichkeiten des Ehemann und der Ertragsfähigkeit des Neulassens der Billigkeit entspricht.

§ 2. Eine nach Paragraph 19 einem Ehegatten auferlegte Beitragspflicht erlischt mit dem Tode des Verpflichteten.

§ 3. Der Berechtigte verliert den Unterhaltsanspruch, wenn er sich nach der Scheidung einer schweren Verschuldung bedinglich ist, kann nur den zureichenden Unterhalt verlangen.

§ 4. Die Ehe ist durch großes Verschulden des Berechtigten herbeigeführt, ist begründet keinen Anspruch an erhöhen Unterhalt.

§ 5. Der Berechtigte verliert den Unterhaltsanspruch, wenn er sich nach der Scheidung einer schweren Verschuldung bedinglich ist, kann nur den zureichenden Unterhalt verlangen.

§ 6. Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Berechtigten.

§ 7. Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Verpflichteten.

§ 8. Bei Wiederverheiratung des Verpflichteten finden die Vorschriften des Paragraphen 194 des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Einfluß der Gläubiger auf die Unterhaltspflicht entsprechende Anwendung.

§ 9. Der Unterhaltsanspruch erlischt mit dem Tode des Berechtigten. Der so erfallene oder sich ereignende Ersatz wegen Nichterfüllung für die Vergangenheit gerichtet ist oder sich auf die Zukunft bezieht, ist bei dem Tode des Berechtigten nicht erloschen, es sei es auch nach dessen Tode.

§ 10. Der Verpflichtete hat die Bestattungskosten zu tragen, soweit dies der Billigkeit entspricht und die Kosten nicht von dem Erben zu tragen sind.

§ 11. Mit dem Tode des Verpflichteten geht die Unterhaltspflicht auf den Erben als Nachverpflichtung über.

§ 19. Gesetz Nr. 18

Ueber die Ehe

§ 1. Der Ehe hat die Beschränkungen des Paragraphen 19. Der Berechtigte muß sich jedoch die Herausgabe der Rente aus einem Betrag gelassen, der bei Berücksichtigung der Verbindlichkeiten des Ehemann und der Ertragsfähigkeit des Neulassens der Billigkeit entspricht.

§ 2. Eine nach Paragraph 19 einem Ehegatten auferlegte Beitragspflicht erlischt mit dem Tode des Verpflichteten.

§ 3. Der Berechtigte verliert den Unterhaltsanspruch, wenn er sich nach der Scheidung einer schweren Verschuldung bedinglich ist, kann nur den zureichenden Unterhalt verlangen.

§ 4. Die Ehe ist durch großes Verschulden des Berechtigten herbeigeführt, ist begründet keinen Anspruch an erhöhen Unterhalt.

§ 5. Der Berechtigte verliert den Unterhaltsanspruch, wenn er sich nach der Scheidung einer schweren Verschuldung bedinglich ist, kann nur den zureichenden Unterhalt verlangen.

§ 6. Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Berechtigten.

§ 7. Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Verpflichteten.

§ 8. Bei Wiederverheiratung des Verpflichteten finden die Vorschriften des Paragraphen 194 des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Einfluß der Gläubiger auf die Unterhaltspflicht entsprechende Anwendung.

§ 9. Der Unterhaltsanspruch erlischt mit dem Tode des Berechtigten. Der so erfallene oder sich ereignende Ersatz wegen Nichterfüllung für die Vergangenheit gerichtet ist oder sich auf die Zukunft bezieht, ist bei dem Tode des Berechtigten nicht erloschen, es sei es auch nach dessen Tode.

§ 10. Der Verpflichtete hat die Bestattungskosten zu tragen, soweit dies der Billigkeit entspricht und die Kosten nicht von dem Erben zu tragen sind.

§ 11. Mit dem Tode des Verpflichteten geht die Unterhaltspflicht auf den Erben als Nachverpflichtung über.

Die Leistungen des Hilfswerks „Opfer des Faschismus“

Ihren Ausweis bitte . . .

War das eine Aufregung gestern in der Stadt! Ich schlängelte mich nichtbendend durch die Straßen, freute mich an der warmen Frühlingssonne. Da brach das Schicksal über mich herein . . . In Gestalt eines treunlich lächelnden Polizeibeamten, „Darf ich Ihren Ausweis und Ihre Arbeitsbescheinigung sehen?“

Ich suchte, fand und zeigte. An der nächsten Ecke wiederholte sich nichtbendend das Spiel und kurz vor meiner Haustür abermals.

Am Abend trat ich dann meinen Freund Max, Mäxchen ist ein seltsamer Mensch, d. h. selbst ist an ihm nur sein Lebenswandel. Er arbeitet überall und nirgends. Frage ich seine Mutter, wo er steckt, so ist er „in Geschäften unterwegs“. Aber ich habe doch herausgefunden, daß er am besten am Vormittag anzutreffen ist. Da schläft er. Ich beneide ihn nicht darum, obwohl ich auch mit Vorliebe schlief, vor allen Dingen, wenn der Wecker schon geklingelt hat.

Gestern abend nun kam er sehr in Eile (ein „Geschäftsmann“ ist immer in Eile) und mich zu den Worten: „Stell dir vor, ich muß mich morgen beim Arbeitsamt melden.“ Unrecht, wo doch Mäxchen immer so beschäftigt ist. Sollte er etwa auch einer von denen sein, die dem lieben Herrgott die Tage stehlen?

Wie viel doch der alte Mausepferd vom Gestir herunter, als ich nach Hause ging und im Polizeibeamten die Junglinge mit Manjowhärchen auf Herz und Nieren und Arbeitsbescheinigung kontrollierte? „Ja, nimm die Brieder ruhig mit, die kenn' och gläich.“

500 Quartiere werden benötigt

Am 30. und 31. März treten die Delegierten der SPD und KPD zum gemeinsamen Bezirksparteitag in Halle zusammen. Am 6. und 7. April folgt der gemeinsame Provinzialparteitag. Dazu werden für die Nächte vom 29./30. und 30./31. März sowie für die Nächte vom 5./6. und 6./7. April Quartiere für die Delegierten benötigt. Meldet Quartiere für die auswärtigen Genossen bei den Stadtleitungen der SPD, Waisenhausring 1b und KPD, Universitätsring (Tulpe).

Sprechstunden der Bezirksausschüsse. Am kommenden Freitag abend finden für die Straßenbeauftragten der Antifaschistischen Bezirksausschüsse 1, 2, 3 wichtige Besprechungen statt. Die Sprechstunden für den Bezirksausschuß 1 finden im Gemeindeparhaus Trothaer Straße 4, für den Bezirksausschuß 2 im Restaurant Lüdenberg, Reistraße und für den Bezirksausschuß 3 im „Volkspark“ statt.

Schon bald nach Kriegsende wurden in der Stadt Halle wie auch in verschiedenen anderen Orten der Provinz Sachsen private Hilfsaktionen für die „Opfer des Faschismus“ eingeleitet. Da auch die Provinzialverwaltung errichtet war, wurde auch eine besondere Verwaltungsabteilung für die „Opfer des Faschismus“ geschaffen. Die Fürsorge für die entlassenen politischen Häftlinge ist inzwischen durch gesetzliche Verordnung festgelegt. Überall bei den Bürgermeister- und Landratsämtern sind Hilfestellen eingerichtet. Auch in die Wiederaufbauverwaltung der Stadt Halle bzw. eine jüdische Betreuungsstelle wurde der amtlichen Hilfestelle der Stadt angegliedert.

Die Leistungen des Hilfswerks für die „Opfer des Faschismus“ sehen u. a. vor: einmalige Zahlung von 500 RM, Versorgung mit Kleidung und Wäsche, bevorzugte Zuweisung von ehemaligen Naziwohnungen und Versorgung mit Einrichtungsgegenständen. Ferner werden Erholungsurlaube in einem Heim in Rammstedt bei Wolmirstedt auf 30 Tage untergebracht. Eine besondere Fürsorge gilt den an Tuberkulose erkrankten ehemaligen Häftlingen. Diese finden in dem Harzkurort Schielo Genesung von ihren Leiden. Ebenso verständlich ist die bevorzugte Einstellung der anerkannten Opfer des Faschismus in Arbeitsprozesse. Sie erhalten eine Beschäftigung nachgewiesen, die sie nach Anlage und Fachkenntnis ausfüllen können. Auch die Kinder der ehemaligen Häftlinge werden betreut und erhalten als Halb- oder Vollwaisen entsprechende finanzielle Unterstützung. Begabten Kindern wird das Schulgeld erstattet. Desgleichen erhalten Witwen eine monatliche Rente von 45 RM, wenn kleine Kinder zu versorgen sind; andernfalls wird der Frau ein Arbeitsplatz zugewiesen, der ihr einen ausreichenden Lebensunterhalt gibt. An begabte

Lebensmittelkarten für April

Nach einer Bekanntmachung des Amtes für Handel und Versorgung verteilen die Straßenbeauftragten am Sonnabend, dem 23., und Sonntag, dem 24. März, die Lebensmittelkarten für April 1946 an die von ihnen betreuten Versorgungsberechtigten. Nicht angeforderten Versorgungsberechtigten haben sich die Lebensmittelkarten vom Straßenbeauftragten abzuholen. Die grüne Haushaltsausweiserte ist dem Straßenbeauftragten vorzulegen. Ohne Vorlage dieser Karte dürfen Lebensmittelkarten nicht ausgehändigt werden.

Umstellungen in der Lebensmittelkartenversorgung auf Grund nachträglich vorgelegter Arbeitsbescheinigungen und die Erfassung der Versorgungsberechtigten, die in der Hausliste der Straßenbeauftragten nicht aufgenommen werden konnten, können erst ab 27. März in der zuständigen Bezirksverteilung

Kinder werden übriges Stipendium vergeben, die zum Besuch einer Hochschule berechtigen. Auch bei der Einstufung in der Lebensmittel-Zuteilung erhalten die anerkannten Opfer des Faschismus eine Vergünstigung indem sie eine Gruppe höher eingestuft werden. Im Rahmen des Möglichen wird diesen Opfern des Naziterrors jede Hilfe geleistet, auf die sie nach den schweren Leiden der letzten Jahre berechtigten Anspruch haben.

Hilfe für die Heimkehrer

Eine weitere Fürsorge, die sich die Provinzialverwaltung besonders angeeignet sieht, betrifft unsere Heimkehrer. Viele dieser Volksgenossen stehen vor dem Nichts. Deshalb mußte auch für diese Hilfsbedürftigen schnell eine Aktion unternommen werden, die von der Abteilung Sozialfürsorge der Provinzialverwaltung getragen wird. Es handelt sich vor allem um die Lösung der Versorgungsfragen, die den Heimkehrer am meisten interessieren. Weisungsgemäß hat der Stadtausschuß Halle im Hilfswerk der Provinz Sachsen die Forderung fortgesetzt, das Hilfswerk befreite auch Unterwache für das Durchgangslager der Heimkehrer in Halle. Jetzt ist auch die Errichtung eines zusätzlichen Quarantänelagers vorgeschlagen. Alle praktischen Erfahrungen, die man in Halle gemacht hat, sind für die gesamte Provinz ausgewertet. Vor allem wird größter Wert darauf gelegt, daß die sogenannten Durchgangsheime in sanitärer Beziehung den Anforderungen gewachsen sind. Den durch den Krieg heimatis gewordenen jugendlichen Heimkehrern wird speziell eine feste Arbeitsstelle vermittelt. Soweit es sich nicht am Facharbeiter handelt, werden die jungen Leute umgeschult oder auch in Lehrstellen untergebracht. Die Jugendausschüsse werden ein übriges tun um Batschaften für Jugendheime übernehmen.

stelle erfolgen. Eine nachträgliche Aufnahme Versorgungsberechtigter in die von den Straßenbeauftragten aufgestellte Hausliste ist nicht möglich.

Vom 21. bis einschl. 23. März bleiben die Bezirksverteilungsstellen zur Vorbereitung der Lebensmittelkartenausgabe geschlossen. An diesen Tagen können nur An- und Abmeldungen entgegengenommen werden.

Frühling im Anmarsch

Wetterbericht vom 20. März. Vorhersage, gültig bis 21. März abends. Heiter bis wollik, hoch, dunstig. Temperaturen nachts 0 bis +2 Grad. Nur sehr vereinzelt leichter Bodennebel. Tagsüber Temperaturen bis zu 10-12 Grad ansteigend. Schwache bis mäßige Winde aus Süd-südwest.

Aussichten für die nächsten Tage: Bei langsamen Abbau der Hochdrucklage weiterhin mild. — SA. 8.14. SU. 18.24; MA. 22.32; MU. am 23. März 8.11. Mondphase: 4 Tage nach Vollmond.

Vor einiger Zeit berichteten wir über eine Polizeiverordnung, die als Sofortmaßnahme die Beleuchtung der Straßen den Eigentümern von Grundstücken zur Pflicht machte. Es war vorgesehen, eine behelfsmäßige elektrische Beleuchtung an jedem Grundstück anzubringen. Die nächtlichen Passanten, die abends von ihrer Arbeitsstelle heimkehren, sehen zwar hin und wieder in einzelnen Straßen eine Lampe aufleuchten, im großen und ganzen liegen jedoch die Straßen von Halle nach wie vor im Dunkeln.

Viele der Hauseigentümer wenden nun ein, daß es ihnen an Material für die Anbringung der Lampen fehle. Für eine provisorische Beleuchtung wird aber immer noch so viel Material aufzutreiben sein, und auch unter denen, die eine Lampe an ihrem Hause anbracht haben, gibt es Hauseigentümer, die durch ihren guten Willen bewiesen haben, daß auch diese Schwierigkeiten zu überwinden sind. Es wäre nunmehr an die Zeit, daß die sämtlichen Hauseigentümer die Frage der Notbeleuchtung einer baldigen Lösung zuführen.

Monatlich ein Hauswirtschaftstag

Die Stadtverwaltung Halle ordnete an, daß alle im städtischen Dienst stehenden berufstätigen Frauen mit eigenem Hausstand monatlich ein bezahlter Hauswirtschaftstag gewährt wird. Die freien Tage werden so gelegt, daß der Dienstabetrieb nicht beeinträchtigt wird.

Paul Pohle unser alter „Volksblatt“-Metteur, ist gestorben. Ueber ein Jahrzehnt hat er vor 1933 das „Volksblatt“ und dessen Nebenausgaben „umbrachen“, d. h. die einzelnen Satzpatzen zu fertigen Seiten zusammenstellte; er erwarb dabei ein besonderes Geschick. Es war deshalb besonders erfreulich für uns, daß er seine Kraft unserem Blatt bei dessen Wiedererneuerung zur Verfügung stellte. Leider erkrankte Genosse Pohle sechs Wochen nach seinem Antritt und ist nun nach fünfmonatlichem Krankenlager verschieden. — Paul Pohle gehörte zu den alten Parteigenossen, die auch über die Hitlerzeit hinweg sich ihre sozialdemokratische Gesinnung bewahrten. Wir werden ihm am Freitag, dem 22. März, mittags 13.30 Uhr, auf dem Götterfriedhof die letzten Ehren erweisen.

Erstaufführung der „Faschingssee“

Die Städtischen Bühnen brachten gestern im Thalia-Theater die Operette von Emmerich Kálmán „Die Faschingssee“ zur Erstaufführung. Unter der Spielleitung von Paul Herrit und der musikalischen Leitung von Hendrik van Kogelenberg wurde der Operette ein überaus herzlicher Empfang bereitet. Die Melodien des ungarischen Komponisten und Schöpfers der „Czardasfürstin“, dessen Werke während des nazistischen Regimes von den deutschen Bühnen ferngehalten wurden, feierten die Wiederkehr. Nur im voraus sei heute bereits gesagt, daß gestern am Schluß der Operette die Hauptdarsteller (singschließlich Kapellmeister und Ballettmeisterin) wiederholt vor den Vorhang gerufen werden mußten. Wir werden morgen auf die Aufführung noch näher eingehen.

FLICK, FLOCK, FLAUM, DIE ZWERGE



Flick, Flock, Flaum, die Zwerge von dem letzten Berge sind nach schöner Mäzennacht eines Morgens aufgewacht.



Raus nun aus den netten weichen, warmen Betten! In kal't Wasser das Gesicht! Nur der Flaum, der woll't noch nicht.



Herrliches Gefflimmer herrscht im Zwergenzimmer. Warmer Frühjahrs�nnechen strahlte prächtig dort hinein



Lockte die drei Zwerge raus aus ihrem Berge: „Auf nun, mit der ganzen Kraft, helfen wir der Bauernschaft!“

VOLKSBLATT

Wochenzeitung für Kinder in der Provinz Sachsen

Jahr, 1946 Mittwoch, 20. März Nr. 12

Die ersten Zugvögel kehren zurück

Die ersten Zugvögel kehren jetzt aus ihren Winterherbergen zurück. Da ist zuerst die kleine Feldlerche in ihrem schlichten, grauen Kleide. Ihr folgt nicht viel später die Amsel mit ihrem munteren Flötenton. Und dann kehrt der Star aus Afrika zu uns zurück. Gerade zu dieser Zeit schillert sein schwarzer Rock grün und purpurn. Sein Lied gleicht mehr einem Geschwätz. Meistheral verweilt er, den Gesang anderer Vögel nachzuahmen. Das ist unsere ersten gefieder- gleichem Frühlingsboten. Halten Augen und Ohren offen! Siehst du, daß die Vögel an ihrem lieblichen Gesang erkennen lernt.

Herr Starmatz, willkommen!

Heir Starmatz, schön willkommen! Das hab' ihr recht gemacht, Daß ihr so bald gekommen, Hab' oft an euch' gedacht!

Der Winter war sehr strenge. Auf euer hohes Haus Warf er viel Schnee, das Spätzlein Konnt kaum zum Flugloch' raus.

Und Eisbahn gab's, der Mühlteich War wie ein Spiegel glatt. Doch als es taun wollte, Hatt ich den Winter satt.

Nun müßt ihr mir erzählen, Wo ihr gewesen seid. Habt ihr das Meer gesehen? Ist das von hier noch weit?

Ich gehe jetzt zur Schule, Dann komm ich wieder her. Heir Starmatz, schön willkommen! Ich freu mich, wirklich sehr.

Friedliche Natur

An einem Sonntag morgen steig ich hinauf in den Wald wie ein Grab. Die Sonne geht unter, nun muß ich gehen und von der Natur Abschied nehmen. Nun komm ich wieder in das Tal; es wären doch die Menschen so friedlich wie die Natur! W. Richter.

